



Lars Leschewitz

Entstehung und Ergebnisse
der Demokratieförderungs-
programme der Europäischen
Union in Nordafrika



Europäische Hochschulschriften

Publications Universitaires Européennes
European University Studies

Reihe XXXI

Politikwissenschaft

Série XXXI Series XXXI

Sciences politiques

Political Science

Bd./Vol. 621



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Lars Leschewitz

Entstehung und Ergebnisse
der Demokratieförderungs-
programme der Europäischen
Union in Nordafrika



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 0721-3654

ISBN 978-3-631-63760-9 (Print)

ISBN 978-3-653-02740-2 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-02740-2

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Meiner Familie.

Danksagung

Mit der Veröffentlichung dieses Buches schließe ich mein über fünfjähriges Studium in Berlin und Krakau ab, das mir sehr interessante und prägende Momente geschenkt hat. Wie so vieles ist auch dieses Buch nicht ohne tatkräftige Hilfe von Anderen entstanden. Ihnen gilt mein Dank:

Großer Dank gebührt meiner Betreuerin Frau PD Dr. Salua Nour von der Freien Universität Berlin, die mein Interesse an der Thematik geweckt hat. Ohne ihr Engagement und ihre große fachliche Kompetenz wäre es nicht zu dieser Veröffentlichung gekommen. Vielen Dank für einen hochspannenden und unterhaltsamen Projektkurs sowie die Betreuung der Diplomarbeit!

Weiterhin danke ich für die Möglichkeit dieses Buch zu veröffentlichen dem Peter Lang Verlag und besonders Dr. Benjamin Kloss für die kompetente und nachsichtige Betreuung meiner Publikation.

Ganz besonders danke ich für die wichtigen Anregungen und moralische Unterstützung bei der Anfertigung von Diplomarbeit und Buch Marta Grochowalska und Jessica Susanne Krause. Vielen Dank für die große Hilfe!

Nicht zuletzt gebührt mein Dank für die Möglichkeit, überhaupt studieren zu können, und dazu noch in der Ferne, meiner Familie. Vielen Dank für Eure Geduld und Ermutigungen!

Berlin, im Oktober 2012

Lars Leschewitz, Dipl.-Pol.

Vorwort

Die „Demokratieförderung“ bildet eine tragende Säule der EU-Kooperation mit nordafrikanischen Ländern. Darunter verstehen sowohl die interessierte Öffentlichkeit als auch die Fachwissenschaft die Durchführung von Programmen in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen, die auf die Überwindung autoritärer und repressiver politischer Verhältnisse in diesen Ländern zielen. Es wird angenommen, dass die Demokratisierung dieser Länder eine unabdingbare Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Entwicklung ist und damit für ihre Befähigung zur Übernahme der Rolle, die ihnen zum allseitigen Nutzen im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ zgedacht ist.

Die Frage nach der Wirksamkeit dieser Programme stellt sich in dringlicher Weise, wenn Bilanz gezogen und eine Diskrepanz zwischen den an solchen Programmen geknüpften Erwartungen und den mit ihrer Hilfe in der Praxis realisierten Fortschritten hinsichtlich der Demokratisierung der politischen Systeme Nordafrikas festgestellt wird. Dass es eine Diskrepanz gibt, wird von niemandem bestritten. Die Meinungen gehen jedoch auseinander, wenn es darum geht, diese Diskrepanz zu erklären und zu begründen. Je nach Blickwinkel des Betrachters erscheinen die Programme entweder als angemessen, wobei der Grund für ihre mangelnde Wirksamkeit in den Schwierigkeiten gesehen wird, die ihre Umsetzung unter den in nordafrikanischen Ländern gegebenen unberechenbaren und unbeständigen politischen Bedingungen behindern, oder sie erscheinen als unzulänglich, wobei nach den Ursachen deren Unzulänglichkeit auf der analytisch-konzeptionellen Ebene oder aber auf der Ebene deren praktischer Umsetzung gesucht wird.

Mit der vorliegenden Studie transzendiert der Verfasser diese Debatte, die bislang zu keiner schlüssigen Antwort auf die Frage nach dem Grund für die mangelnde Wirksamkeit von EU-Programmen zur „Demokratieförderung“ in nordafrikanischen Ländern geführt hat. Er macht einen Versuch, diesen Grund anhand einer systematischen Auseinandersetzung mit dem Diskurs und dem empirisch nachweisbaren Handeln der Protagonisten im Handlungsfeld der „EU-Nachbarschaftspolitik“ aufzudecken. Sein Ziel ist dabei, die Interessenlage in der EU sowie die Sachlage in nordafrikanischen Ländern als Determinanten der Entstehung und Umsetzung von Programmen im Bereich der „Demokratieförderung“ auszuleuchten. Die Arbeitshypothese, die er damit prüfen will, besagt, dass diese Programme (gemessen an der Diskrepanz zwischen dem damit angestrebten Ziel der Demokratisierung der Partner-Länder und ihrer ausbleibenden

Demokratisierungswirkung) in der Praxis nicht wegen technischer Unvollkommenheiten gescheitert sind, sondern weil sie, trotz ihrer Ausrichtung auf der Diskursebene auf die Überwindung der Hürden, die den Fortschritt der Demokratisierungsprozesse behindern, hinsichtlich ihrer Umsetzung durch dominante Akteure in der EU und in nordafrikanischen Ländern sich jedoch in Maßnahmen erschöpfen, die das „für die politische Transformation von Systemen ungeeignete Top-Down-Konzept der Demokratisierung durch wirtschaftliche Liberalisierung“ diktiert und mit denen die Interessen dieser Akteure (an politischer Stabilität und der Realisierung wirtschaftlicher Vorteile im Mittelmeerraum) eher als die auf der diskursiven Ebene formulierten Anliegen (der Demokratieförderung) bedient werden.

Um diese gewagte Hypothese zu verifizieren, konzipiert der Verfasser ein außerordentlich anspruchsvolles Forschungsprogramm, anhand dessen die komplexe Wirkungsweise von Interessen, Kräfteverhältnissen und dem sie tragenden oder rechtfertigenden bzw. verdeckenden Diskurs in der „EU-Nachbarschaftspolitik“ wie durch ein Vergrößerungsglas verdeutlicht wird. Im Unterschied zu Forschungsansätzen, mit denen dieses Ziel ebenso verfolgt wird und die aber auf der Annahme basieren, dass es sich bei der EU und den nordafrikanischen Partnerländern um „homogene Akteure“ handelt, deren Diskurs und Aktionen sich im Prinzip decken, benutzt der Verfasser dieser Studie einen differenzierten, aus der Internationalen Politischen Ökonomie rezipierten Forschungsansatz, mit dessen Hilfe manch einem Leser neue Einblicke in die Beschaffenheit der EU und der nordafrikanischen politischen Systeme als „zusammengesetzte Akteure“ mit endogenen Kräfteverhältnissen, variierenden Interessenschwerpunkten und hegemonialen Bestrebungen jenseits von Absichtserklärungen und hypothetischen Modellen vermittelt werden.

Dank dieser Studie werden die Interessen- und Zielkonflikte ausgeleuchtet, die im Bereich der EU-Partnerschaft mit Nordafrika einmal zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb der EU und zum Anderen zwischen diesen und den ihrerseits in Ziel- und Interessenkonflikten verwickelten Akteuren in den Partnerländern ausgetragen werden. Durch die Aufdeckung dieser Interessensowie Konfliktmuster und einhergehend damit die Bestimmung der Kräfteverhältnisse der darin engagierten Akteure wird eine konkrete analytische Grundlage für die Analyse der Diskrepanz zwischen Rhetorik und Wirklichkeit der EU-Programme im Bereich der „Demokratieförderung“ in Nordafrika bzw. der konzeptionellen, technischen und realpolitischen Ursachen der Unzulänglichkeit dieser Programme geschaffen. Daran schließt sich die vorzügliche Prüfung der Hypothesen bezüglich der realen Interessen der involvierten Akteure an. Diese

erfolgt anhand der minutiösen und quellenmäßig reichlich untermauerten Analyse der politischen und wirtschaftlichen EU-Beziehungen zu den Partnerländern in Nordafrika sowie der Akteure, die in den EU internen Aushandlungsprozessen engagiert sind, deren Verbindung zu den Eliten in nordafrikanischen Ländern und deren Einfluss auf die „Versicherheitlichung“ der EU-Beziehungen zu den Mittelmeer-Ländern.

Mit der Studie konnte in plausibler und empirisch fundierter Weise nachgewiesen werden, dass die Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen dominanter Akteure in der EU ihren konkreten Niederschlag in den Programmen für „Demokratieförderung“ mit Bezug auf Nordafrika fanden. Auf der Diskursebene zielten diese Programme eindeutig auf die politische Transformation autoritärer Systeme in dieser Region; auf konzeptioneller und praktischer Ebene dienten sie jedoch genau so eindeutig dem Zweck der Schaffung günstiger Bedingungen für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen dominanter Akteure auf der Seite der EU und der Machterhaltungsinteressen der herrschenden Eliten in Nordafrika. Dies hatte zum Ergebnis, dass diese Programme sich zu Ungunsten der eigentlichen gesellschaftlichen Träger von Demokratisierungsprozessen in nordafrikanischen Ländern ausgewirkt und sich deshalb im Hinblick auf das damit auf Diskursebene angestrebte Ziel der Demokratisierung dieser Länder als unzulänglich erwiesen haben.

Diese kritische Beurteilung des EU-Ansatzes zur „Demokratieförderung“ in nordafrikanischen Ländern ist in schlüssiger Weise begründet und frei von Polemik und Stereotypen. Sie basiert auf Erkenntnissen bezüglich der Funktionsweise der Mechanismen der Artikulation, Durchsetzung und Rechtfertigung von Interessen dominanter Akteure im Kontext des realen historischen und politischen Geschehens in der EU und im Mittelmeerraum, die nicht Politikwissenschaftlern allein vorbehalten bleiben dürfen, sondern jedem interessierten EU-Bürger zugänglich gemacht werden sollten, da der Erwerb dieser Erkenntnisse die wichtigste Voraussetzung für ein sinnvolles Engagement hinsichtlich der Verteidigung demokratischer Werte gegen die Tendenzen zu ihrer Marginalisierung durch mächtige Bürokratien, Technokraten und Wirtschaftsinteressen im europäischen und globalen Kontext darstellt. Mit der Studie übt der Verfasser insofern keine gewöhnliche „Standardkritik“ an einem EU-Ansatz aus, die wirkungslos bleibt, weil sie sich in der Benennung von Unzulänglichkeiten erschöpft, welche unter den bestehenden strukturellen Bedingungen nicht zu beheben sind und denen die Forschung oft mit Hilfe normativer, in der Praxis nicht umsetzbarer Empfehlungen beizukommen versucht. Seine ist eine konstruktive Kritik, die das Handeln hinsichtlich realer Wirkungszusammenhänge – jenseits